



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2015/00524**
Datum: 07.01.2015
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Dr. Inés Brock
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	28.01.2015	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Machbarkeitsuntersuchung zur Verbesserung der Breitbandversorgung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung beauftragt ein vom Land zertifiziertes Beratungsunternehmen mit der Erstellung einer Machbarkeitsuntersuchung zur Verbesserung der Breitbandversorgung in der Stadt Halle.

gez. Dr. Inés Brock
Fraktionsvorsitzende

Begründung:

Das Land Sachsen-Anhalt will bis zum Jahr 2020 flächendeckend eine Versorgung mit Hochgeschwindigkeitsnetzen (≥ 50 Mbit/s beim Download) sicherstellen und bietet den Landkreisen und kreisfreien Städten hierfür ein umfangreiches Förderprogramm an. Aktuell sind in Halle ca. 95% aller Haushalte mit einem leitungsgebundenen Netzanschluss mit mindestens 2 Mbit/s beim Download ausgestattet. Die Nutzung von mehr als 30 Mbit/s ist in weniger als 50% der Haushalte möglich.

Ein gut ausgebautes Breitbandnetz ist Teil einer modernen Infrastruktur und hat sowohl für Unternehmen als auch Einwohnerinnen und Einwohner einen hohen Stellenwert. Die mit diesem Beschluss beauftragte und vom Land geförderte Machbarkeitsuntersuchung wird Auskunft darüber geben, wo und warum eine Unterversorgung vorliegt und mit welchen Maßnahmen diese beseitigt werden kann. Sie ist somit Grundlage für die Planung und Umsetzung des Netzausbaus in unserer Stadt, für den das Land dann weitere Fördermittel zur Verfügung stellt.

Nach Auskunft der Staatskanzlei hat das Land mit hierfür lizenzierten Beratungsunternehmen einen Festpreis von 100 TEUR für eine Machbarkeitsuntersuchung je Landkreis bzw. kreisfreie Stadt vereinbart. Davon sind – je nach Fördertopf (GRW, EFRE oder ELER) – 20% bis 40% mit Eigenmitteln zu finanzieren. Die dafür notwendigen

städtischen Gelder wurden im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2015 in der Sitzung des Finanzausschusses am 02.12.2014 im Budget des GB des OB (Deckung: Minderaufwendung Budget Marketingprojekte) für diesen Zweck eingestellt.



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich II
Stadtentwicklung und Umwelt

21. Januar 2015

Sitzung des Stadtrates am 28.01.2015

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer
Machbarkeitsuntersuchung zur Verbesserung der Breitbandversorgung**

Vorlagen-Nummer: VI/2015/00524

TOP: 8.4

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag anzunehmen.

Begründung:

Entsprechend Vortrag des stellv. Regierungssprechers der Staatskanzlei Hr. Struhkamp in der Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung am 25.11.2014 hat das Land die Fördermöglichkeiten für den Breitbandausbau geändert und verbessert. Demnach könnten von 2016 bis 2020 ca. 8 Millionen Euro Fördermittel mit 80%iger Förderung auf Halle entfallen.

Im Jahr 2015 soll die Vorbereitung stattfinden.

Eine Machbarkeitsstudie ist in Verbindung damit zwar nicht zwingend erforderlich, aber eine detaillierte Bedarfserfassung durch Fachleute wird dringend angeraten.

Zu alledem, kündigte Herr Struhkamp an, wird sich das Land im Januar 2015 mit der Stadt in Verbindung setzen.

Im Weiteren soll dann unter Federführung des Landes im Februar eine Infrastrukturkonferenz mit der Stadt, den Telekommunikationsanbietern, den Energieversorgern u.a.m. stattfinden, um die Entwicklungsziele zu erfassen und zu beraten. Anschließend soll sich eine durch die Stadt initiierte Bestandserhebung mittels Studie. Das Land empfiehlt hierfür die Beauftragung qualifizierter Fachleute. Es wurden speziell 3 Büros zertifiziert.

Die Bereitstellung der Mittel für den Eigenanteil der Stadt Halle an der Studie erfolgte durch die Beschlussfassung zum Haushalt 2015 durch den Stadtrat (Finanzausschuss 02.12.2014 und Stadtrat 17.12.2014).

Demnach wird die Stadt nach erfolgter Haushaltsgenehmigung spätestens im Anschluss an die avisierte Infrastrukturkonferenz im Februar die Fördermittel für die Studie beantragen und nach deren Bereitstellung diese beauftragen.

Uwe Stäglin
Beigeordneter